

Wie Kryptowährungen reguliert werden sollten

Von Christian Daudert



Behörden weltweit haben erste Maßnahmen zur Regulierung von Kryptowährungen ergriffen oder geplant – völlig zu Recht, meint der Autor. Zwar sind Kryptowährungen auch heute schon kein rechtsfreier Raum, allerdings drohen „Fake Coins“ als reine Schneeballsysteme die „echten“ Kryptowährungen in Verruf zu bringen. Diesem Wildwuchs müsse Einhalt geboten werden. Aufgrund des speziellen Charakters von Kryptowährungen, so seine Forderung, müssen dafür die zuständigen Institutionen sehr viel stärker international zusammenarbeiten als bisher. Auch neue Institutionen und Verfahren könnten erforderlich werden. Red.

Kryptowährungen erleben derzeit einen phänomenalen Hype. Die rund 1800 Kryptowährungen, die derzeit weltweit existieren, haben mittlerweile eine Marktkapitalisierung von insgesamt etwa 500 Milliarden Dollar erreicht und damit eine durchaus relevante volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt. Das hat auch Behörden und Aufsichtsorgane aufmerksam werden lassen.

Von ihrer ursprünglichen Idee her verstehen sich Kryptowährungen als Alternative zum herkömmlichen Finanzwesen. Sie sind daher bewusst so konzipiert, dass

sie sich grundsätzlich einer Regulierung entziehen. Demgegenüber wollen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken jedoch verhindern, dass sich diese „Währungen“ verselbstständigen und dass möglicherweise Parallelwirtschaften entstehen. Nach den Erfahrungen der noch immer nicht überall überwundenen Finanzkrise von 2007/2008 will man sich offenbar nicht wieder nachsagen lassen, man hätte die Zügel allzu lang schleifen lassen und „negative Entwicklungen“ nicht rechtzeitig erkannt.

Noch kein konsistenter Plan

So haben die Behörden rund um den Globus nicht nur zur Vorsicht ermahnende Einschätzungen publiziert, sondern auch erste Maßnahmen zur Regulierung von Kryptowährungen ergriffen.

■ Zum Beispiel hat China, einer der wichtigsten Player in dieser Sphäre, ein Handelsverbot für Krypto-Börsen erlassen und plant derzeit Beschränkungen des energieintensiven Minings. Südkorea hat die Initial Coin Offering (ICO), also die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Kryp-

towährungen, beschränkt und denkt über weitere Regulierungsmaßnahmen nach.

■ Ende 2017 hat sich auch die EU auf neue Regeln verständigt, die vor allem die Nutzung der Kryptowährungen für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterbinden sollen.

Generell ist aber festzustellen, dass die Aufsichtsbehörden (noch) keinen konsistenten Plan haben, sondern recht unterschiedliche Ziele verfolgen. Während zum Beispiel China und Südkorea auf eine insgesamt restriktive Linie einschwenken, versuchen sich Länder wie Japan und die Schweiz eher als Vorreiter zu positionieren; wieder andere, Russland und Venezuela, stellen Überlegungen an, mit dem Kryptorubel und dem „Petro“ gleich staatliche Kryptowährungen herauszubringen.

Auch jetzt schon kein rechtsfreier Raum

Hierzulande versucht man derzeit vor allem, bestehende Regelungen, etwa hinsichtlich Geldwäsche, so anzupassen, dass sie auch Kryptowährungen abdecken. Ob es dabei bleibt, wird sich zeigen, das hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung dieser Währungen ab. Geht der Hype weiter, so wird der Regelungsbedarf wachsen.

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Kryptowährungen sind auch jetzt

Zum Autor

Christian Daudert, Gründer und CEO, Staramba SE, Berlin

schon kein „rechtsfreier Raum“. Wer beispielsweise Gewinne mit Bitcoin und Co. macht, muss diese bei Vorliegen der in der Steuergesetzgebung festgelegten Regeln auch versteuern – wer das unterlässt, macht sich möglicherweise wegen Steuerhinterziehung strafbar.

Gleiches gilt für andere Vorschriften: Wer beispielsweise Bitcoins dazu nutzen würde, um Drogen zu kaufen oder um Öl an Nordkorea zu verkaufen, würde sich ebenfalls ohne Wenn und Aber strafbar machen; er könnte sich nicht auf innovative Algorithmen berufen. Die spannende Frage ist hier also nicht „ob“, sondern „wie“:

Substanzlosem Wildwuchs einen Riegel vorschieben

Wie schaffen es Behörden, ein Finanzinstrument, das grundsätzlich darauf angelegt ist, nicht kontrollierbar zu sein, doch zu regulieren? Wie müssen bestehende Regulierungen angepasst oder erweitert werden, sodass auch Kryptowährungen davon erfasst werden?

Um hier nicht missverstanden zu werden: Sowohl die Betreiber von Krypto-Börsen als auch die Emittenten seriöser Kryptowährungen haben – anders als der eine oder andere Krypto-Zocker – selbst ein großes Interesse daran, dass entsprechende Regulierungen eingeführt und auch durchgesetzt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Bitcoin-Hypes sind nämlich auch etliche zweifelhafte Dinge entstanden.

So wurden regelrechte Fake-Coins geschaffen, also Kryptowährungen ausgegeben, die nicht auf einem tragfähigen Geschäftsmodell beruhten, sondern die von vorneherein keinen anderen Zweck hatten, als Anleger zu prellen. Etliche Kryptowährungen bestanden letztlich aus nicht mehr als Powerpoint-Folien; solche „Scam Coins“ sind letztlich unseriöse Schneeballsysteme.

Seriöse Emittenten, die eine Kryptowährung beispielsweise als innovatives Finanzierungs- oder als Verrechnungsinstrument für tatsächliche Leistungen verwenden wollen, haben genuines Interesse daran, dass substanzlosem Wildwuchs ein Riegel vorgeschoben wird.

So versteht es sich von selbst, dass auch im Bereich Kryptowährungen die Emittenten von „Alt Coins“ gewisse Mindestanforderungen einhalten müssen, beispielsweise hinsichtlich Bonität, Dokumentation und Buchprüfung. Entsprechend müssen Krypto-Börsen die bei Finanzgeschäften üblichen Identitätsprüfungen vornehmen. Solche Regulierungsmaßnahmen durch Aufsichtsbehörden werden in diesem Marktsegment zu mehr Seriosität und damit zu besserer Akzeptanz führen, und davon werden Investoren, Emittenten und Kunden profitieren.

Communities sind schwer zu regulieren

Allerdings sind Kryptowährungen aus dezentralen Communities entstanden, die grundsätzlich international und unabhängig von bestimmten Unternehmen aufgestellt sind. Sie lassen sich daher schon rein technisch nur sehr schwer regulieren – es gibt meist keinen Adressaten, den man für eine Technologie oder eine Implementierung verantwortlich machen könnte und gegen den man notfalls auch gerichtlich vorgehen kann.

Eine Kryptowährung kann man nicht einfach zusperrern, und da es beispiels-

weise keinen Bitcoin-CEO gibt, kann man ihn auch nicht verhaften – der Bitcoin ist überall, das liegt in der Natur der Sache. Nationale Regulierungsinstanzen können daher auch nicht isoliert agieren, denn die betroffenen Währungen würden einfach in nicht regulierte Zonen ausweichen.

Regulierungsinstanzen müssen international zusammenarbeiten

Alleine können auch große und mächtige Institutionen wie BaFin, FINMA oder SEC in dieser Welt nicht viel ausrichten. Das zeigte zuletzt wieder das Beispiel China: Kaum waren dort Beschränkungen für das Bitcoin-Mining publik geworden, da diskutierte die Szene schon über alternative Standorte: Die Mongolei und Kanada stehen hierbei hoch im Kurs, und wenn die dortigen Behörden nicht ebenfalls Vorschriften erlassen, werden die Miner demnächst möglicherweise in Edmonton oder in Ulan Bator auftauchen.

Weit mehr als bei anderen wirtschaftspolitischen Themen ist es bei Kryptowährungen daher mittelfristig unausweichlich, dass die Regulierungsinstanzen international zusammenarbeiten. Sie werden dafür einen passenden organisatorischen Rahmen finden müssen – und wenn der Handlungsdruck entsprechend groß ist, werden sie ihn früher oder später auch finden.

Kryptowährungen sind daher auch nicht das Ende der finanzmarktlichen Regulierung. Im Gegenteil, Bitcoin, Ethereum, Stellar, IOTA und Co. werden daher langfristig die Schaffung einer internationalen Finanzkontrolle sogar erzwingen. Speziell dafür werden in den nächsten Jahren neue Institutionen und Verfahren entstehen. Dass diese Entwicklung erhebliche Auswirkungen auf die jeweiligen Wirtschaftsräume haben wird, versteht sich. Es bleibt auch in einer regulierten Welt der Kryptowährungen spannend. ■

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das
Sachregister 2017
von **cards Karten cartes** bei.